

Gerichtspfeiten en masse - Milliardengrab Masken-Prozesse! In 2025 droht Lauterbach die nächste Kosten-Schelle

Herber Dämpfer: Trotz Millioneninvestitionen in führende Anwaltskanzleien bleibt die Bundesregierung im Maskenstreit erfolglos und steht weiteren teuren Gerichtsverfahren gegenüber.

Seit über vier Jahren dauern die Klagen zu den Maskenkäufen während der Coronakrise an. Aktuell sind rund 70 Verfahren am Bonner Landgericht anhängig, zudem mehrere vor dem Oberlandesgericht (OLG) Köln. Nach zwei teuren Niederlagen dort hat das Bundesgesundheitsministerium (BMG) den Bundesgerichtshof (BGH) eingeschaltet. Insgesamt geht es „stern“-Informationen zufolge in den offenen Verfahren um 2,3 Milliarden Euro, plus Verzugszinsen.

Die Verfahren werden sich auch 2025 fortsetzen, was die Kosten weiter steigen lässt. Laut Bundesrechnungshof summierten sich die Nebenkosten des Maskenkaufs bis 2023 auf 462 Millionen Euro. Für Vergleiche mit Lieferanten fielen bisher 390 Millionen Euro an. In seiner Planung für 2025 rechnet das Ministerium mit weiteren Folgekosten von **rund 480 Millionen** Euro.

.....

Anmerkung:

**Klagen vor Gericht und kein Ende in Sicht. Macht ja nichts
Steuerzahler zahlt ja die Anwaltskosten.**

Wahllos und Kopflos wurde vermutlich in der Coronazeit von den verantwortlichen gehandelt. Deshalb ist es so wie es ist.

Verantwortung will ja womöglich niemand übernehmen. Sind ja einige Politiker etc. verschwunden von der Bildfläche. Am Ende wird vermutlich alles eingestellt von den Gerichten, man könne alles nicht mehr nachvollziehen, so wie so oft.